



**Medienmitteilung**  
Bern, 12. Juni 2026

## **Demografie und Zuwanderungskritik: Schluss mit Pflästerli-Politik bei der AHV**

**Nächste Woche fallen im Parlament die Würfel zur Finanzierung der 13. AHV-Rente. Dabei droht eine unbefristete Erhöhung von Steuern und Lohnprozentsen. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv lehnt beides ab. Eine nachhaltig gesunde AHV braucht eine strukturelle Reform. Denn die demographische Entwicklung verändert die Altersvorsorge grundlegend. Zudem steht die Zuwanderung, von welcher die AHV profitiert, zunehmend unter Druck. Das inländische Arbeitskräftepotenzial muss noch mehr ausgeschöpft werden. Zu den nötigen Massnahmen gehört auch eine längere Erwerbstätigkeit über das heutige Rentenalter hinaus.**

Die Entwicklung ist klar: Auf einen Rentner oder eine Rentnerin kommen immer weniger Erwerbstätige. Allein schon das spricht für eine Erhöhung des Rentenalters. Eine starke Begrenzung der Zuwanderung würde zudem die AHV-Einnahmen senken. Darum würde die Annahme der 10-Millionen-Initiative am kommenden Sonntag den Druck auf die AHV zusätzlich erhöhen. Aber auch bei einer Ablehnung der Initiative könnte die weit verbreitete Kritik an einer starken Zuwanderung kaum ignoriert werden. Eine strukturelle Reform der AHV wird immer dringender.

### **Immer weniger Erwerbstätige finanzieren immer mehr Rentner**

«Die Politik diskutiert über die Finanzierung der 13. AHV-Rente, verschweigt aber die eigentliche Rechnung: Bis 2055 müssen 2,2 Erwerbstätige finanzieren, was heute noch von 3 Erwerbstätigen getragen wird», sagt Simon Schnyder, Ressortleiter Sozialpolitik.

Die 10-Millionen-Initiative fordert eine Begrenzung der Zuwanderung. Aber die Zuwanderung hat in den vergangenen Jahren wesentlich dazu beigetragen, den Generationenvertrag zu stabilisieren und den Fachkräftemangel zu begrenzen. Das ist zentral für den langfristigen Weiterbetrieb von Tausenden von KMU in unserem Land.

**«Die entscheidende Frage ist nicht,  
wie einzelne Leistungen kurzfristig finanziert werden.  
Die entscheidende Frage ist,  
wie die Schweiz langfristig genügend  
Erwerbstätige und genügend Wertschöpfung sicherstellt.»**

Die Debatte um die Zuwanderung ist legitim und wichtig. Aber Schnellschüsse wären falsch: «Wer die Bevölkerungszahl deckeln will, muss nicht nur erklären, woher künftig die benötigten Fachkräfte kommen, sondern auch, wie die AHV finanziert werden soll», sagt sgv-Direktor Urs Furrer. Denn weniger erwerbstätige Zuwanderer bedeuten weniger Beitragszahler – bei gleichzeitig steigender Anzahl von Rentnerinnen und Rentnern.

### **Schluss mit Wunschdenken**

«Man kann nicht gleichzeitig die Zuwanderung stark reduzieren, die AHV ausbauen und das Rentensystem unverändert lassen. Irgendjemand bezahlt die Rechnung – und das werden die Jungen und die KMU sein, die 70% aller Erwerbstätigen in der Schweiz beschäftigen», sagt Urs Furrer. Statt kurzfristiger Finanzierungsdebatten braucht es darum eine grundlegende AHV-Reform, welche die demografischen Realitäten berücksichtigt. Nötige Massnahmen umfassen eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung über alle Altersgruppen hinweg, ein längeres Erwerbsleben über 65 hinaus und weitere Mass-

nahmen zur besseren Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. «Die entscheidende Frage ist nicht, wie einzelne Leistungen kurzfristig finanziert werden. Die entscheidende Frage ist, wie die Schweiz langfristig genügend Erwerbstätige und genügend Wertschöpfung sicherstellt.»

**Weitere Auskünfte**

**Fabio Regazzi**, Präsident, Mobile 079 253 12 74

**Urs Furrer**, Direktor, Mobile 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv rund 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.